oekom verein e.V. (Hrsg.)

Forschungswende

Wissen schaffen für die Große Transformation

oekom verein e.V. (Hrsg.)
Forschungswende
Wissen schaffen für die Große Transformation

Mitherausgegeben von der Kommission Wissenschaftspolitik im Wissenschaftlichen Beirat des BUND

oekom Verlag, München 2015,
144 Seiten, 17,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-718-1

www.oekom.de

Um derzeit wichtige ökologische und soziale Herausforderungen zu bewältigen, muss die Wissenschaft ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft gerecht werden. Entsprechende und lebensnahe Schwerpunkte in Forschung und Lehre machen dies möglich. Dieses Buch widmet sich unter den Schlagworten Energie, Politik, Biolandbau, Hochschule, Nachhaltigkeit und Umweltbewegung diesem Thema. In fünf Kapiteln werden zahlreiche und verschiedene Beiträge vorgestellt, die sich unter anderem mit der Energieforschung oder der bestehenden Kluft zwischen der sogenannten Bürgerwissenschaft und Wissenschaftlern beschäftigen. Studentische Initiativen werden als treibende Kraft für den sich vollziehenden Wandel vorgestellt. Des Weiteren wird ein Überblick über derzeitige Projekte und Konzepte geboten. Der BUND – Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland – hat unter anderem wesentliche Impulse gegeben.

Eine nachhaltige Entwicklung verlangt nach neuen Schwerpunkten in Forschung und Lehre. Zivilgesellschaftliche Verbände werfen die entscheidenden Fragen auf, ihre Mitwirkung am Wissenschaftssystem erhöht dessen Transparenz und Effektivität. Der Politik fällt die Aufgabe zu, die dafür notwendigen finanziellen und institutionellen Voraussetzungen zu schaffen.

Nachhaltige Entwicklung ist nicht möglich ohne grundlegende Änderungen auch im Wissenschaftssystem. Die Reformaufgabe besteht darin, das Wissenschaftssystem auf die Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme auszurichten, ohne seine Leistungsfähigkeit herabzusetzen. Erschwert wird die Reformaufgabe durch die zeitliche Dringlichkeit der Herausforderungen, die kein Warten auf das Wirken inhärenter Lern- und Veränderungsprozesse zulässt. Der Status quo ist jedoch dadurch gekennzeichnet, dass auf Bundes-, Landes- und EU-Ebene weiterhin Milliardenbeträge für Forschung und Innovation ausgegeben werden, ohne dass die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen zu wirksamer Veränderung in der institutionellen Gestaltung und in der Ausgabenstruktur geführt haben. In den Umweltverbänden ist daher die Erkenntnis gewachsen, dass der Wissenschaftspolitik mehr Beachtung geschenkt werden muss. Diese nimmt einerseits Weichenstellungen vor, die später kaum mehr revidierbar sind (Pfadabhängigkeiten). Andererseits bleiben aber auch Potenziale unerforscht, die zur nachhaltigen Entwicklung beitragen könnten. Um den Output des Systems zu verändern, ist an der Inputseite und an den institutionellen Strukturen anzusetzen. Das hat im BUND 2012 zu dem viel beachteten Diskussionspapier „Nachhaltige Wissenschaft. Plädoyer für eine Wissenschaft für und mit der Gesellschaft“ geführt. Auch andere Umweltverbände haben sich mit dem Wissenschaftssystem befasst, insbesondere im verbandsübergreifenden Projekt „Forschungswende“.

Das wissenschaftliche Potenzial der Zivilgesellschaft

Der BUND hat sich seit seiner Gründung 1975 um wissenschaftliche Fundierung seiner politischen Arbeit bemüht. Die Bedeutung der Wissenschaft in der Verbandsarbeit hat stetig zugenommen. Eine tragende Rolle spielt dabei der Wissenschaftliche Beirat, der aus 20 Facharbeitskreisen besteht, die interdisziplinär zusammenarbeiten und alle relevanten Fachgebiete des Natur- und Umweltschut-

zes abdecken. Die Arbeit des Beirats belegt exemplarisch, was Wissenschaft für eine nachhaltige Entwicklung leisten kann, wenn sie bereit ist, den Elfenbeinturm zu verlassen. Beispiele für den Brückenschlag zwischen Wissenschaft und politischer Umsetzung reichen von der Chemiepolitik über die Ökologische Steuerreform bis zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland". 2013 hat der Beirat außerdem eine Kommission Wissenschaftspolitik eingerichtet, die sich auf der Grundlage des Diskussionspapiers von 2012 systematisch diesem Querschnittsthema widmet.

„Wissenschaftspolitik und -förderung ist nach wie vor einseitig auf die hauptberufliche Wissenschaft ausgerichtet. Sie nimmt noch zu wenig zur Kenntnis, welches wissenschaftliche Potenzial sich durch die vielen ‚Laien' erschließen lässt."

Im BUND arbeitet zudem eine Vielzahl von Ehrenamtlichen, die durch langjährige Erfahrung Expertise im Umwelt- und Naturschutz erworben haben. Sie leisten wertvolle praktische Arbeit, vermehren aber auch das Wissen über Arten und Ökosysteme, etwa durch Biotopkartierung. Wissenschaftspolitik und -förderung ist nach wie vor einseitig auf die hauptberufliche Wissenschaft ausgerichtet. Sie nimmt noch zu wenig zur Kenntnis, welches wissenschaftliche Potenzial sich durch die vielen „Laien" erschließen lässt. Bürgerwissenschaft geht allerdings über die Rolle als Datensammler(innen) und „Hilfskräfte" der hauptberuflichen Wissenschaft hinaus. Sie darf sich auch nicht darauf beschränken, durch nachgelagerte Partizipation eine Helferrolle im Umsetzungsprozess zu übernehmen. Die Herausforderung ist viel mehr, sie bereits in die Definition von – neuen, breiter angelegten – Problem- respektive Fragestellungen und ins Forschungsdesign einzubeziehen. Dies hilft letztlich auch, die Relevanz der Ergebnisse zu sichern und die Akzeptanz zu erhöhen, steigert also den Impact der Forschungsaktivität.

Der BUND und andere zivilgesellschaftliche Organsationen (ZGO) werden zunehmend angefragt, in einer Vielzahl von Anhörungen, Beteiligungen in Gesetzgebungsverfahren, Kommissionen und Beratergremien – von der Nanokommission über NAGUS, dem DIN-Normenausschuss Grundlagen des Umweltschutzes bis zum Nachhaltigkeitsrat – mitzuwirken. Das ist grundsätzlich eine erfreuliche Entwicklung, die Bereitschaft zu mehr Transparenz und auch Wertschätzung der wissenschaftlich fundierten Beiträge signalisiert. Allerdings liegen darin auch Probleme. Nicht immer sind die Beteiligungsformen adäquat – ein(e) ZGO-Vertreter(in) unter zehn Unternehmensvertreter(inne)n –, um wirksam Einfluss zu nehmen. Vielfach sitzen Ehrenamtliche hoch bezahlten und geschulten Spezialist(inn)en aus Unternehmen gegenüber. Partizipation hat dann oft lediglich Alibicharakter und Feigenblattfunktion. Es droht Vereinnahmung und damit eine Schädigung der Glaubwürdigkeit des Verbands.

Beschränkungen systemischer und verbandsinterner Natur

Grenzen für die Mitwirkung im Wissenschaftssystem ergeben sich aus dem Autonomieanspruch und der Funktionslogik des Systems. Wird Mitwirkung als „Einmischung", als Eingriff in die Freiheit von Forschung und Lehre empfunden, kann es nicht zu einer produktiven Kooperation kommen. Ebenso kontraproduktiv ist die Unterstellung, mit der „Entdeckung" des Wissenschaftssystems und dem Mitgestaltungsanspruch verbinde sich ein naiver Glaube an die Möglichkeiten der Wissenschaft. Selbstverständlich verkennen Umweltverbände nicht, dass es im Kern um Veränderung gesellschaftlicher Ziele geht und dafür die politische Auseinandersetzung erforderlich ist. Dieser Diskurs könnte aber von einer stärkeren Beteiligung der Wissenschaft profitieren und zu besseren Ergebnissen führen.

„Grenzen für die Mitwirkung im Wissenschaftssystem ergeben sich aus dem Autonomieanspruch und der Funktionslogik des Systems. Wird Mitwirkung als ‚Einmischung', als Eingriff in die Freiheit von Forschung und Lehre empfunden, kann es nicht zu einer produktiven Kooperation kommen.

„Zur Neuorientierung der Wissenschaftspolitik sind vor allem drei Punkte entscheidend: Transparenz, Finanzmittel und Hochschulreformen.

Neben diesen extern gesetzten Grenzen wirken ganz praktische verbandsinterne Restriktionen. Jede ZGO muss die Frage nach der Relevanz des Wissenschaftsthemas für das Erreichen der Verbandszwecke beantworten. Hier ist die Wirkungskette besonders lang. Das Wissenschaftsthema erscheint trocken und wenig „kampagnenfähig", und bis eine forschungspolitische Entscheidung oder eine Änderung in den Curricula der Hochschulen praktisch sichtbare Konsequenzen hat, können Jahre vergehen – wenn sie überhaupt nachweisbar (evaluierbar) sind. Aus dem verbandsinternen Begründungs- und Kommunikationsproblem ergibt sich angesichts sehr begrenzter Mittel ein Finanz- und Kapazitätsproblem. Außerdem muss entsprechend qualifiziertes Personal akquiriert oder geschult werden. Mitgestaltung und Beteiligung werden daher so lange Stückwerk bleiben, wie den ZGO nicht zusätzliche Mittel für die Wahrnehmung dieser Aufgabe im öffentlichen Interesse zufließen.

Wissenschaftsförderung für mehr Transparenz

Zur Neuorientierung der Wissenschaftspolitik sind vor allem drei Punkte entscheidend: Transparenz, Finanzmittel und Hochschulreformen. Schwachstellen bei der Transparenz liegen aktuell in der Aufbereitung von Daten und Informationen, die es erleichtern würde, Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen und Prioritäten sowie Veränderungsgeschwindigkeit im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung zu erkennen. Dies darzulegen ist Bringschuld der Wissenschaftsförderung respektive -administration und kann nicht Analyseaufgabe der ZGO sein.

Verbesserte Transparenz ergibt sich auch durch Beteiligung. In allen Gremien von öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen, die über Schwerpunkte der Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung entscheiden, ist das Einbeziehen der Zivilgesellschaft sicherzustellen. Die Beteiligung an Entscheidungen über Forschungsfragen und -programme (Agenda-Setting) steigert die gesellschaftliche Relevanz der Forschung und greift nicht in die Freiheit der Forschung ein.

„Neben der verstärkten Beteiligung in bestehenden Gremien des etablierten Wissenschaftssystems ist eine eigenständige zivilgesellschaftlich organisierte Forschung für nachhaltige Entwicklung erforderlich. Dazu bedarf es finanzieller Mittel und einer institutionellen Lösung."

Verbunden mit der Transparenz ist die Wirkungsanalyse. Die Evaluierung der Förderpolitik wird noch immer vernachlässigt, somit verlangsamen sich Lernprozesse, die auf Dauer Effektivität und Effizienz der Förderung erhöhen und Korruptionsansätzen entgegenwirken.

Finanzen und Institutionen

Neben der verstärkten Beteiligung in bestehenden Gremien des etablierten Wissenschaftssystems ist eine eigenständige zivilgesellschaftlich organisierte Forschung für nachhaltige Entwicklung erforderlich. Dazu bedarf es finanzieller Mittel und einer institutionellen Lösung. Die ZGO können dann eine eigene, ihren Problemstellungen entsprechende Forschungsagenda formulieren. Forschung unter Regie der ZGO bringt mehr Wettbewerb in das Wissenschaftssystem, und der Aufbau personeller und finanzieller Ressourcen macht die Zivilgesellschaft zu einem kompetent(er)en Partner im Wissenschaftssystem.

Ein erster Schritt zur Etablierung einer solchen „zweiten Säule" könnte ein Forschungsforum „Nachhaltige Entwicklung" sein, wozu im Rahmen des Projekts „Forschungswende" Vorarbeiten geleistet

worden sind. In der Startphase wäre dafür eine finanzielle Ausstattung von jährlich einer Million Euro erforderlich. Mittelfristig sollte der Finanzrahmen dann deutlich ausgeweitet werden. Zur Finanzierung sind nicht unbedingt zusätzliche Gelder erforderlich, sondern eine Mittelumschichtung innerhalb der Förderung von Forschung und Entwicklung. Das hätte zugleich den Vorteil, dass der Begründungsdruck für die Förderung von Atomforschung (Rückbau), Fusionsforschung, Automobil- und Flugzeugindustrie wächst und es dort zu anderen Gewichtungen und Effizienzsteigerungen kommt.

Lernziele und Curricula

Nachhaltige Entwicklung verlangt nicht nur neue Forschungsschwerpunkte, sondern auch veränderte Qualifikationen des akademischen Nachwuchses. Freiheit von Forschung und Lehre sowie Hochschulautonomie setzen einen Rahmen, der die Verantwortung für die notwendigen Reformen der Programme, Lernziele, Curricula und Methoden den Hochschulen selbst, den Lehrenden und den Studierenden zuschreibt. Allerdings braucht das interne Reformpotenzial auch Anstöße von außen. Diese können von der Politik kommen, die entsprechende Rahmenbedingungen setzt, insbesondere durch die Ressourcenausstattung. Viele Hochschulen versuchen auch, für ihre strategischen Entscheidungen Impulse von verschiedenen externen Interessentengruppen zu nutzen. Seit Jahren unstrittig und geschätzt ist die Mitwirkung von

„Seit Jahren unstrittig und geschätzt ist die Mitwirkung von Unternehmensvertreter(inne)n in der Hochschulsteuerung, das heißt nicht nur durch Vorträge, Lehraufträge und Ähnliches, sondern auch im strategischen Entscheidungsgremium Hochschulrat. Die Beteiligung von ZGO ist praktisch nicht vorhanden – auch hier besteht also Verbesserungspotenzial.“

Unternehmensvertreter(inne)n in der Hochschulsteuerung, das heißt nicht nur durch Vorträge, Lehraufträge und Ähnliches, sondern auch im strategischen Entscheidungsgremium Hochschulrat. Die Beteiligung von ZGO ist praktisch nicht vorhanden – auch hier besteht also Verbesserungspotenzial.

Mitgestaltung der Wissenschaft ist dringend notwendig

ZGO wie der BUND, deren Verbandszweck auf nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist, müssen der Inputseite des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses mehr Aufmerksamkeit widmen. Das bedeutet für diese Organisationen eine enorme interne Aufklärungs- und Kommunikationsaufgabe – scheint dieser Politikbereich vielen doch als sehr abstrakt und weit entfernt von den eigentlichen umwelt- respektive sozialpolitischen Zielsetzungen. Die verstärkte Mitwirkung von ZGO im Wissenschaftssystem könnte dort aber zu mehr Transparenz führen sowie Effektivität und Effizienz verbessern. Die Politik muss dafür die finanziellen und institutionellen Voraussetzungen schaffen.

Im BUND-Diskussionspapier von 2012 heißt es abschließend: „Umweltverbände können und sollten eine wichtige Kraft für die Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems sein und diese Rolle künftig noch aktiver ausfüllen.“ Heute ist die Notwendigkeit der Mitgestaltung noch deutlicher, auch die begrenzten Möglichkeiten werden stärker sichtbar. Da die ZGO hier nicht nur ein verbandspolitisches Anliegen verfolgen, sondern positive Wirkung auf das Wissenschaftssystem und auf nachhaltige Entwicklung insgesamt erzielen, erscheint ein verstärkter Einsatz öffentlicher Mittel gerechtfertigt und dringlich.

Allerdings braucht das interne Reformpotenzial auch Anstöße von außen. Diese können von der Politik kommen, die entsprechende Rahmenbedingungen setzt, insbesondere durch die Ressourcenausstattung.

Stichwörter
Wissenschaftspolitik
Nachhaltigkeit
Energie
Umweltschutz